

Offene ^{Online} Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim 23. April 2020, 30. Jahrg.

Ist deutscher Spargel mit Corona infiziert?

Oder: Wie lange kann man selbstloses Handeln von Pfleger*innen und Kassierer*innen verlangen?

Ich nehme es gleich vorweg: Nein, deutscher Spargel ist natürlich nicht mit Corona infiziert. Aber vieles, was in der jetzigen Situation schlecht oder falsch läuft, lässt sich auf ihn projizieren.

Glosse

Nehmen wir beispielsweise das Hickhack um die Einreise von Erntehelfern für die deutsche Landwirtschaft im Allgemeinen und dem Stechen von Spargel im Speziellen. Erst durften die ausländischen Hilfskräfte nicht einreisen, wegen Corona. Dann wurde klar, dass die inländische Bevölkerung zwar bereit ist auf den Feldern zu helfen, allerdings nicht zu den Löhnen der üblichen Erntehelfer und auch nicht in der benötigten Anzahl.

Deshalb wurden die benötigten Kräfte aus Rumänien und Bulgarien mit Charterflügen nach Deutschland gebracht, mit strengen Sicherheitsvorkehrungen, wurde betont. Alle Arbeiter*innen waren bei der Einreise coronafrei. Die sonst nicht vorhandenen Testkapazitäten waren hier plötzlich vorhanden, wie sollte man sonst zu der Erkenntnis gekommen sein, alle Menschen seien frei vom Virus?

Im gleichen Zeitraum hat man die privaten Seentretter übrigens darum gebeten, Menschen nicht mehr vor dem Ertrinken zu retten.

Auch aus dem Lager in Moria (Griechenland) wurden nur 47 Kinder und Jugendliche nach Deutschland gebracht. Warum? Richtig, wegen Corona und der Angst vor der weiteren Verbreitung des Virus.

Im April und Mai dürfen jeweils 40.000 (!) Erntehelfer nach Deutschland einreisen, um beispielsweise Spargel zu stechen. Alle werden auf Corona getestet, da hatte man für mehr als 47 Kinder eben keine Kapazitäten mehr.

Doch die Sache wird noch verrückter. Nun ist der erste Erntehelfer an einer Corona-Erkrankung gestorben. Wenn er, wie von der Bundesregierung verkündet, nicht mit dem Virus infiziert war, hat er sich hier angesteckt und ist für deutschen Spargel gestorben.

Was uns zur Arbeit in Zeiten von Corona bringt. Gerne werden Kassierer*innen, Menschen, die im Gesundheitswesen arbeiten, Busfahrer*innen, Paketbot*innen, usw. als „Helden“ bezeichnet. Gerade die großen Einzelhändler überbieten sich mit Werbung, in denen sie sich bei ihren „Helden“ bedanken. Auch Prämien bekommen ihre Mit-

arbeiter*innen jetzt, da sie trotz der Ansteckungsgefahr weiterarbeiten. Die Prämien sind selbstverständlich verdient. Und doch stören mich Heldenbegriff und Prämienmodell. Eine Prämie ist etwas Einmaliges,



der jetzige Einsatz hat aber etwas von modernem Ablasshandel: Prämien mit großer Marketingkampagne zu verteilen und anschließend die Angestellten weiter für den viel zu geringen Lohn schufteten zu lassen. Wir sehen es jetzt: Sie sind systemrelevant und müssen auch so bezahlt werden.

Hier kommt der Heldenbegriff ins Spiel: Helden tun Dinge ohne Gegenleistung. Wäre „Superman“ ein Held, wenn er nach dem Auffangen des abstürzenden Flugzeuges jedem Passagier eine

Rechnung schreiben würde? Nein, Helden heißen Helden, weil ihr Handeln selbstlos ist.

Dauerhaft selbstloses Handeln von Pfleger*innen und Kassierer*innen bei schlechter Bezahlung zu verlangen ist zynisch. Diesen Zustand hatten diese Berufsgruppen schon ihr ganzes bisheriges Berufsleben und das muss endlich aufhören.

Aber wenn man schon den Heldenbegriff nutzt, gilt dieser dann nicht auch für den verstorbenen rumänischen Erntehelfer? Laut Spiegel Online klagte dieser über Husten und Schnupfen und verstarb dann in seiner Unterkunft. Kam bei einer grassierenden Pandemie niemand darauf, den „Helden“ zum Arzt zu schicken? Und warum ist es trotz Abstandsgebotes noch immer erlaubt, die „Helden“ in Sammelbussen auf die Felder zu fahren und in Sammelunterkünften unterzubringen? Die Hotels hätten im Moment Zimmer frei und wären froh über Gäste.

Mittlerweile wurde bei einem zweiten Erntehelfer das Covid-19 Virus nachgewiesen.

Wir sollten uns in diesem Jahr beim Spargelgenuss viele Fragen stellen. Die am wenigsten wichtige ist: Mit oder ohne Sauce Hollandaise?

Matthias Holz,
Stadtverordneter Bernau

LINKE: Landeseinheitliche Regelungen zu „Masken“ in Brandenburg nötig

Für die Einführung einer Maskenpflicht an belebten Orten hat sich der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Brandenburger Landtag, Sebastian Walter, am 21. April ausgesprochen. Er lobte die Stadt Potsdam, wo ab nächster Woche eine Maskenpflicht in Geschäften und im öffentlichen Nahverkehr gilt. „Es darf aber in Brandenburg keinen Flickenteppich geben“, forderte er. „Die Landesregierung muss eine landeseinheitliche Regelung finden und über die Verfügbarkeit von Alltagsmasken sprechen.“

Ehrenamtlich werden derzeit viele Stoffmasken genäht (siehe OW vom 21.4.) und auch unent-

geltlich zur Verfügung gestellt, aber inzwischen ist auch die Beschaffung von Material dafür schwierig.

In Berlin gilt ab 27. April eine Pflicht zum Tragen von Stoffmasken in öffentlichen Verkehrsmitteln, eine Abstimmung mit Brandenburg wäre wegen der Verkehrsverknüpfungen sinnvoll. Brandenburgs Gesundheitsministerin Nonnemacher (Grüne) hatte am 21. April noch eine Maskenpflicht abgelehnt, am 22. April abends wurde über eine bundeseinheitliche Regelung dazu ab 27. April debattiert.

Badesaison beginnt erst am 12. Juli LINKE: Pächter entlasten

Die Badesaison beginnt üblicherweise am 15. Mai und reicht bis zum 15. September. In diesem Jahr wird auf Grund der Pandemie der Beginn der Badesaison auf den 12. Juli verschoben, sie endet am 6. September, das geht aus einer Allgemeinverfügung des Brandenburger Sozialministeriums vom 9. April hervor. Weshalb die Saison früher beendet wird als gewöhnlich, ist allerdings nicht ersichtlich.

Dadurch verkürzen sich auch die Einnahmemöglichkeiten für die Pächter von Strandbädern und

Campingplätzen, weil die wichtigen Saisonmonate Mitte Mai bis Mitte Juli fehlen.

Margitta Mächtigt (LINKE), Stadtverordnete in Biesenthal, schlägt deshalb vor, dass die kommunalen Verpächter, wie zum Beispiel die Stadt Biesenthal für den Wukensee, auf einen Anteil der Jahrespacht verzichten.

„Und auch private Verpächter sollten diesen Weg gehen, um Betreibern der Bäder unter die Arme zu greifen“, findet Mächtigt. (bc)

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN
Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488
E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; ViSdP: Sebastian Walter.

nächste OW
am 24. April